



im Bezirkstag Pfalz

DIE LINKE im Bezirkstag Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Telefon: 06331/93845

Mobil: 0159 01038312

Mail: brigitte@freihold-windsberg.de

Rede zum Haushaltsentwurf 2019

20. Dezember 2018

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

in Anbetracht des heutigen Datums beginne ich mal weihnachtlich: Alle Jahre wieder doch leider kommt nicht das Christkind, sondern die zu übliche Bescherung: die Haushaltsziele werden trotz aller Sparanstrengungen auch in diesem Jahr verfehlt, sogar ziemlich krachend! Im Vergleich mit dem Haushalt von 2018 mit einer erheblichen Steigerung des Jahresfehlbetrages von 2,68 Mio € auf nunmehr 4.3 Mio € im Gesamtergebnishaushalt. Der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich wird damit nicht erreicht. Die Pensions- und Beihilferückstellungen machen einen erheblichen Teil der zahlungsunwirksamen Leistungen aus, die Jahr für Jahr das Defizit im Ergebnishaushalt verursachen.

Ja, es sind in diesem Betrag an die 3 Mio Pensionsrückstellungen für die §15er Einrichtungen enthalten, und ja, das Land wird diese wohl auch in 2019 als seine Verpflichtungen anerkennen und ihnen nachkommen. Doch ob der Optimismus angebracht ist, darauf zu hoffen, dass dies in Zukunft zum Automatismus wird, sei dahingestellt. In dem Zusammenhang sei auch auf das Urteil des rheinlandpfälzischen Verfassungsgerichts in 2017 erinnert, das Pensionsfonds für Beamte als verfassungswidrig erklärt hatte.

Das ungelöste Problem der Abschreibungen bleibt allerdings erst mal im Raum stehen. Und ob das Land sich ab 2020 tatsächlich bereit erklärt, eine jährliche Inflationsanpassung vorzunehmen, ist bisher nicht viel mehr als Wunschdenken. Im Umkehrschluss bestätigt sich, bei allem Optimismus für schwarze Zahlen im operativen Geschäft: Die ständig unausgeglichene Aufwendungen für die Einrichtungen nach § 15 der Bezirksordnung und die Personalaufwendungen lösen nicht langsam, sondern relativ schnell die Substanz des Bezirksverbandes auf.

Aufschlussreich ist der sprunghafte Anstieg der Pensions- und Beihilferückstellungen in 2019 nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch aus einem anderen Grund: Der Anstieg ist dem zunehmenden Durchschnittsalter der Beschäftigten sowie den Gehaltszuwächsen der tariflich Beschäftigten und der zu erwartenden Gehaltssteigerungen für die Beamtinnen und Beamten geschuldet. Über Jahre mussten diese sich mit sehr geringen Einkommenszuwächsen begnügen, die kaum die Inflationsraten ausglich, und haben auf diese Weise erheblich dazu beigetragen, den Etat des Bezirksverbandes zu stabilisieren.

70% der Ausgaben des Bezirksverbandes sind Personalaufwendungen. Aber: Die Personaldecke ist sehr dünn. Trotz aller daraus resultierenden Belastungen arbeiten alle Beschäftigten hochmotiviert und sehr engagiert, was ich immer wieder persönlich erfahren konnte.

An dieser Stelle möchte ich den Beschäftigten ausdrücklich meine Hochachtung aussprechen!

Seit das Gutachten des Landes für eine Kommunal- und Verwaltungsreform auf den Tisch kam, geht bei den Beschäftigten die Angst um, es könnte Änderungen an ihrer Arbeitsplatzsituation geben. Selbst wenn dieses Gutachten keine abschließende Bewertung des Bezirksverbandes vornimmt, gibt dennoch die Erwähnung der verfassungsrechtlichen Möglichkeit, den Bezirksverband aufzulösen oder ihm Aufgaben zu entziehen, Anlass zur Sorge.

Darüber hinaus bringt das Gutachten aber auch den Kern des Haushaltsproblems zur Sprache: Die chronische Unterfinanzierung der §15er Einrichtungen, insbesondere das Fehlen von Landesmitteln für Investitionen. Die Forderung des Bezirkstages in Richtung Landesregierung muss erneut lauten, die dem Bezirksverband übertragenen Aufgaben und Einrichtungen, selbstverständlich auch die dabei entstehenden Personalkosten, endlich kostendeckend zu finanzieren. Mag sein, dass diese Gebetsmühle niemand mehr hören möchte, dennoch bleibt diese Forderung richtig und stellt die einzige nachhaltige Lösung der Finanzproblematik dar.

Denn das Land Rheinland-Pfalz enthält seinen Kommunen im Haushalt 2019 insgesamt mindestens 265 Mio € vor, von einer auskömmlichen Finanzierung im Sinne des Konnexitätsprinzips kann hier keine Rede sein. Deshalb sollten, auch angesichts der Anzeichen für eine sich abschwächende Konjunktur, Zweifel angebracht sein, ob in Zukunft wirklich nicht mehr gefragt wird, wo zu sparen ist, sondern wo ausgegeben werden kann.

Der Haushalt des Bezirksverbandes für 2019 ist wie in den vorangegangenen Jahren buchhalterischer Ausdruck der Mangelverwaltung. Gestaltungsspielräume tendieren gegen Null und nur mit Mühe kann der Status Quo aufrechterhalten werden. Ein nicht zu unterschätzender Risikobereich bleibt das Thema Bauen und Sanieren. Bauunternehmer und Architekten sind aus ihrer Sicht in der glücklichen Lage, sich ihre Kunden heraussuchen und dabei ihre Preisvorstellungen bis zum Anschlag ausreizen zu können. Dies bedeutet nicht nur ein hohes finanzielles Risiko für den Bezirksverband, der mit Zuschüssen noch restriktiver als sonst üblich haushalten muss, sondern auch Abstriche bei der Qualität. Die Gebäudestruktur im Bezirksverband ist alles andere als auf dem neuesten Stand, dazu kommen die

Problemfälle, allen voran das Historische Museum in Speyer, dessen unbenutzbarer Neubau seit Jahren auf die immer teurer werdende Sanierung warten muss. Die GroKo-Regierung in Berlin läuft Gefahr, bei der Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 29 von 66 selbst gesteckten Nachhaltigkeitszielen nicht zu erreichen. Die Groko im Bezirkstag beschreitet ähnliche Wege. Laut ihrem Vorsitzenden Herrn Wieder sei es derzeit fraglich, ob es mit dem SDG-Projekt noch etwas werde, da es erneuten Abstimmungsbedarf mit den „Servicestellen für Kommunen in der Einen Welt“ gebe.

Im MAB-Programm der UNESCO wird der Schwerpunkt der Aktivitäten auf die Wechselwirkung und das Zusammenwirken von Mensch und Umwelt gelegt und als wesentliche Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung gesehen. In den Leitlinien für das Netzwerk der Biosphärenreservate ist festgehalten, dass durch die Verbindung von Schutzfunktion, Entwicklung und logistischer Unterstützung die Biosphärenreservate Modellstandorte zur Erforschung und Demonstration von Ansätzen zu Schutz und nachhaltiger Entwicklung auf regionaler Ebene sein sollen, wobei eine wesentliche Voraussetzung die Förderung einer wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung ist, die soziokulturell und ökologisch nachhaltig zu sein hat.

Dass es hier in einem der Kernbereiche des Biosphärenreservates nicht vorangeht, wurde von mir vor Jahren schon moniert. Aber es klappt noch immer nicht. Auch dies ist nicht zuletzt eine der angespannten Haushaltslage geschuldete Tatsache, denn es fehlt hier schon seit Jahren an personeller wie sächlicher Ausstattung. Dass der Bezirkstag sich immerhin mit der Resolution gegen den Kerosinschnellablass über dem Biosphärenreservat an übergeordnete politische Ebenen wendet, ist auf jeden Fall begrüßenswert, sollte aber auch in anderen Belangen richtungs- und handlungsweisend sein.

Denn im Biosphärenreservat Pfälzerwald gäbe es, auch im Sinne der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele, besonders eben zitierten Förderung einer wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung noch mehr, wofür sich einzusetzen lohnte: In Rheinland-Pfalz verhindert ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Koblenz von 2008 den Erlass kommunaler Friedhofssatzungen, die das Aufstellen von Grabmalen aus Kinderarbeit untersagen. Die Landesregierung prüft gerade ein Landesgesetz zur Ermächtigung der Kommunen, auf Friedhöfen das Aufstellen von Grabsteinen aus Kinderhand zu verbieten. Hätte es nicht dem Leitgedanken von „Mensch und Biosphäre“ entsprochen, auch hier ein Zeichen der Humanität zu setzen? Doch leider wurde meinem Antrag einer diesbezüglichen Resolution der Pfalzbezug abgesprochen und deswegen nicht zugelassen.

Die Bewertung überlasse ich jedem einzelnen.

Unabhängig davon werde ich mich auch beim Haushalt 2019 enthalten. Die Mitarbeiter im Bezirksverband geben ihr Bestes, um zu einem ausgeglichenen Haushalt beizutragen, doch gegen die Unterfinanzierung durch das Land müsste auf politischer Ebene mehr unternommen werden.

20. Dezember 2018

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz